

und insbesondre von der in Liebe und Glauben sich selbst beschränken den christlichen Freiheit, welche auch des an sich Erlaubten sich enthält, wenn das Reich Gottes es fordert. An den Gemeindefkirchenrathen soll die Vereinigung zu diesem Kampfe einen festen Kern gewinnen und in ihrem Amte der christlichen Lebenspflege Triebkraft, Schutz und festen Boden finden; sie soll mehr positiv wirken, durch Begründung besserer Sitte den Branntweingenuss verdrängen und durch Einführung unschädlicher Erquickungsmittel denselben entbehrlich machen. Dazu sind Privatunternehmungen hervorzurufen und vorhandene zu unterstützen; dazu ist zur Handhabung polizeilicher Vorschriften über Wirthshäuser und Trunkenbolde Hülfe zu leisten und mit allen durch die Gesetze gegebenen Mitteln auf die staatliche Gesetzgebung einzuwirken.

4.

Endlich können die Geistlichen manchem Bedrängten durch Beglaubigung seiner Eingaben an den Landesherrn und die allgemeinen Unterstützungsfonds zu Hülfe kommen. *) Solche Suppliken sind, wenn sie an den Landesherrn gerichtet sind, nach der Consist.-Verordn. vom 8. Decbr. 1832 mit Beidruckung des Kirchenriegels zu beglaubigen. — Arme Staatsdiener außer Dienst und deren Nachgebliebene sind an die Procentenkasse zu verweisen. Die Procentgelder werden im Januar bezahlt. (Landesherrl. Verordn. vom 30. Octbr. 1826.)

Artikel 4.

Von den Bescheinigungen und Attesten des Geistlichen an weltliche Behörden.

In Betreff der Beglaubigung von Namensunterschriften und Ausstellung von Attesten durch die Pfarrer hat der Oberkirchenrath

*) Nach der Regier.-Bekanntm. vom 23. September 1846. St.-Gesetzbl. XI. n. 72 ist alles Sammeln von freiwilligen Gaben oder von zu Gaben verpflichtenden Unterschriften in Privatwohnungen, sei es zur Unterstützung verarmter oder durch Unglücksfälle betroffener Personen, oder zu welchem andern Zwecke es wolle, bei polizeilicher Strafe und Confiscation des Gesammelten verboten, auch die Zusendung oder Ueberreichung von Subscriptionslisten. Das öffentliche Auslegen solcher Listen und Auffordern zur Einsendung von Gaben ist nicht verboten.